



Lohn gerechtigkeitsgesetz

Rosenberger: „Wir lassen nicht locker“

Hamburg – 3. Juni 2016

Die Blockadehaltung der CDU/CSU und explizit auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Thema Lohnungleichheit für Frauen und Männer hat Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), nach der Sitzung des Koalitionsausschusses am Freitag scharf kritisiert.

„Es ist ein Trauerspiel, dass der von Familienministerin Manuela Schwesig vorgelegte Gesetzentwurf zur Lohngerechtigkeit immer noch auf Eis liegt. Wieder einmal muss das Argument Bürokratie herhalten, um zu verhindern, dass auch in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten Frauen das geplante Auskunftsrecht erhalten.“ Mit dem Auskunftsrecht könnten Frauen erfahren, was ihre männlichen Kollegen auf vergleichbaren Posten im Durchschnitt verdienen. „Im Klartext heißt das: In der Ernährungsindustrie und im Gastgewerbe mit seinen kleinen und mittelständischen Strukturen und nur einer Handvoll Unternehmen, die mehr als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, wäre dieses Gesetz praktisch wirkungslos.“

Rosenberger warnte vor dieser „Schmalspurversion“. Deutschland sei ohnehin mit einer 21-Prozent-Lohnlücke zwischen Männern und Frauen gleichstellungspolitisches Entwicklungsland in Europa. Geradezu zynisch sei es, wenn Unionspolitiker meinten, Frauen seien wegen Berufswahl und Babypausen selbst verantwortlich für die schlechtere Bezahlung.

„Wir unterstützen die Familienministerin bei ihrer Gesetzesinitiative und lassen nicht locker. Es bleibt dabei“, so die NGG-Vorsitzende, „für gleiche oder gleichwertige Arbeit müsse gleicher Lohn gezahlt werden.“ Rosenberger kündigte an, dass die Gewerkschaft NGG deshalb in Kürze ihre „Initiative Lohngerechtigkeit“ starten werde.